

Gemeinsame Resolution des Sozialverbands VdK Deutschland und der Altenberichtscommission, vertreten durch ihren Vorsitzenden Prof. Andreas Kruse

Für ein gutes Leben im Alter – Forderungen zum 7. Altenbericht

Im 7. Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ wird untersucht, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter möglich ist. Ein gutes Leben im Alter ist eine Kernforderung des Sozialverbands VdK. Dazu gehören verschiedene Maßnahmen, die die Gesundheit, Selbstständigkeit und Lebensqualität im Alter erhalten, aber auch Barrierefreiheit, Pflegestrukturen und altersgerechten Wohnraum inklusive altersgerechter Assistenzsysteme im Blick haben.

Die Lebensqualität im Alter hängt in besonderem Maße von den lokalen Umständen ab. Neben lokaler Beratung und Hilfeplanung sind bezahlbare und barrierefreie Wohnangebote, Begegnungsmöglichkeiten, Verkehr, Nahversorgung und eine örtlich verfügbare gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur mit Haus- und Fachärzten und anderen Gesundheits- und Pflegeangeboten notwendig.

Der Sozialverband VdK und der Vorsitzende der Altenberichtscommission, Prof. Andreas Kruse, appellieren an die zukünftigen Koalitionspartner, eine nachhaltige Seniorenpolitik endlich zur Pflichtaufgabe zu machen. Grundlage für ein gutes Leben im Alter ist die kommunale Daseinsvorsorge. Verantwortlich hierfür sind die Kommunen. Denn dort leben die Menschen und dort muss die Teilhabe an der Gesellschaft gefördert werden.

Allerdings ist die finanzielle Situation der Gemeinden regional sehr unterschiedlich. Es gibt deutliche Unterschiede bei der Verschuldung, den Ausgaben und den Einnahmebedingungen. Zudem werden die Schuldenbremse, das Auslaufen der Solidarpaktmittel, die Neuordnung des Finanzausgleichs und die Reduzierung der EU-Strukturfondsmittel die kommunalen Handlungsspielräume im Bereich der Daseinsvorsorge weiter einschränken. Schon jetzt lässt sich bei den Gemeinden die Tendenz beobachten, zur Haushaltskonsolidierung Ausgaben für freiwillige Leistungen, Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen zu kürzen. Die demografische Entwicklung mit dem Rückgang der Erwerbspersonenzahl und einer zunehmenden Alterung wird nicht ohne Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge gerade strukturschwacher Regionen bleiben.

Die angespannte finanzielle Lage der Kommune wirkt sich unmittelbar belastend auf die soziale Lage der Menschen vor Ort aus. Menschen im Alter zwischen 65 und 85 Jahren, die in Regionen mit geringer Wirtschaftskraft, höherer Arbeitslosigkeit und geringerem Einkommen leben, haben eine vergleichsweise schlechtere Gesundheit, höhere Depressivität, geringere soziale Integration sowie geringere gesellschaftliche Teilhabe.

Die notwendige Übernahme von mehr kommunaler Verantwortung für die Sicherung und den Ausbau der Daseinsvorsorge vor Ort kann nur gelingen, wenn die Handlungsfähigkeit und die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen gestärkt werden. Zur Stärkung strukturschwacher Regionen fordern der Sozialverband VdK und der Vorsitzende der Altenberichtscommission, Prof. Andreas Kruse, ein gesondertes Daseinsvorsorgeprogramm von Bund und Ländern. Notwendig ist eine neue Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge im Grundgesetz.